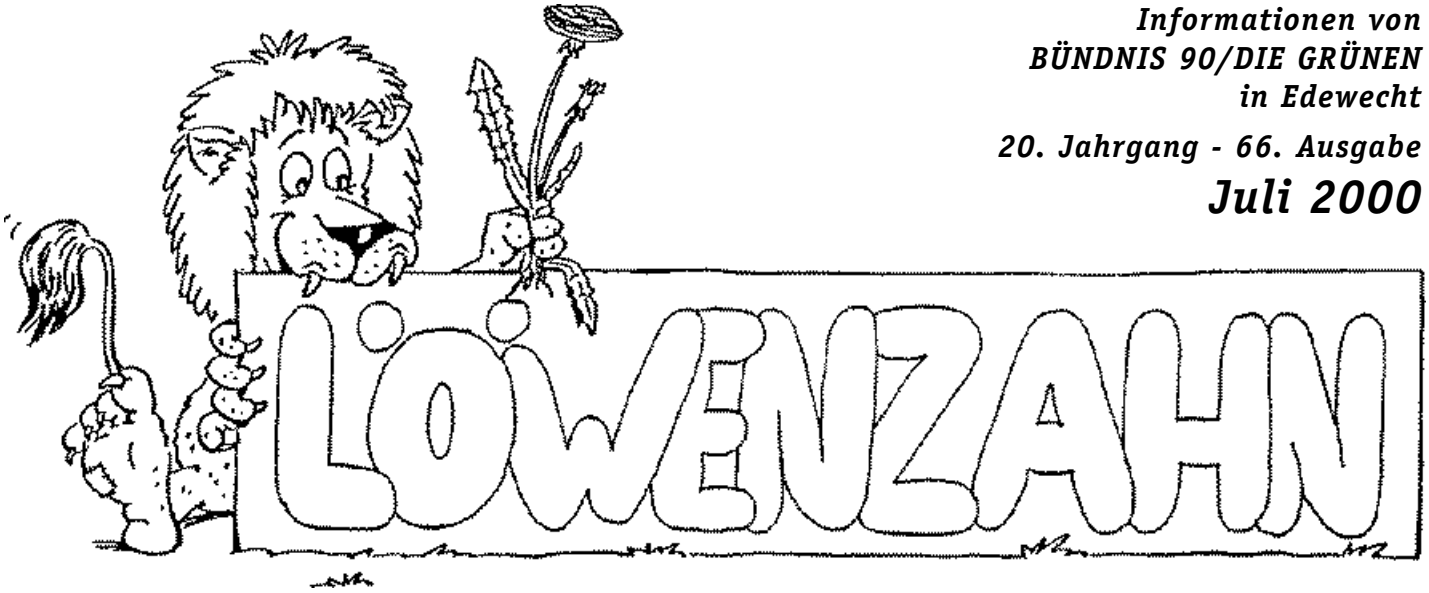


Informationen von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in Edewecht

20. Jahrgang - 66. Ausgabe
Juli 2000

II. Wahl und Schönheitsfehler:

Europa schenkt uns eine Mühle

Eigentlich sollte sie ausschließlich durch Spenden finanziert werden - so CDU-Bürgermeister zu Jührden (79) lautstark in ersten Ankündigungen zum Bau der Kokerwindmühle in Edewecht. Doch er hat sich offenbar verkalkuliert. Jetzt muss die Europäische Union einspringen: 50 % der Bausumme von einer halben Million DM kommen aus Brüssel. Damit nicht genug. Weitere 30 % müssen von Landkreis und Gemeinde aufgebracht werden. Lediglich knappe 100.000 DM kommen von Sponsoren.

Sie steht am falschen Platz, und wozu sie gut sein soll, erfahren wir erst später: Bis zum 31. Juli muss die Mühle fertig sein - sonst gibt's kein Geld aus Brüssel.

Das Bauwerk, das eigentlich als Krönung der politischen Laufbahn zu Jührdens gedacht war, entpuppt sich auch in anderer Hinsicht mehr als Mahnmal denn als Denkmal. Die Geschichte dieser Mühle liest sich wie ein Bilderbuch des schlechten politischen Stils.

Seit April befassen sich die Gremien mit diesem Vorhaben. Von Anfang an mussten alle Entscheidungen unter großem Zeitdruck getroffen werden. Wenn die Mühle nicht bis zum 31. Juli steht, gibt es kein Geld aus Europa - so lautete das Argument, das alle kritischen Anfragen ersticken sollte.

Nahezu alle wichtigen Beschlüsse wurden ohne rechtzeitige Information der Ratsmitglieder getroffen: Vorlagen fehlten, Entscheidungen wurden mehrfach nicht mit der Einladung angekün-

(Fortsetzung auf Seite 2)

www.gruene-edewecht.de
aktuelle Informationen über GRÜNE Politik in Edewecht -
Gemeinderat, Termine, Adressen, Forum, LÖWENZAHN online und mehr.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

(Fortsetzung von Seite 1)

digt, sondern erst im Laufe der Sitzung auf die Tagesordnung gebracht. Die zuständigen Fachausschüsse befassten sich gar nicht mit dem Vorhaben. Und das alles nichtöffentlich - erst in der Ratssitzung Ende Mai wurde erstmalig teilweise öffentlich verhandelt.

Bis heute ist über den Zweck der Mühle nicht beraten worden. Ein Wahrzeichen ist gut und schön, aber es muss auch mit Leben erfüllt werden. Wer betreibt die Mühle? Muss Personal angestellt werden? Es ist schon erstaunlich, dass eine Gemeinde, ohne ein Konzept für das Bauwerk vorzulegen, eine derartige Förderung aus öffentlichen Mitteln erhält.

Denkbar ungeeignet ist der Standort, eingepfercht zwischen Wohnbebauung, einem Supermarkt und vielen Parkplätzen. Eine öffentliche Diskussion des Vorhabens hätte sicherlich zu einem anderen Standort geführt.

Die Frage, warum die Gemeinde das Mühlengrundstück nicht erworben hat, ist noch immer nicht schlüssig beantwortet. Der Bau wird auf fremdem Boden errichtet. Auch wenn die Mühle im Eigentum der Gemeinde verbleibt, ist doch der Vertrag mit dem Grundstückseigentümer politisch höchst umstritten.

Durch den Vertrag und den Bauantrag wurden Festlegungen bezüglich der Ausgestaltung des Bebauungsplanes getroffen, bevor Bauausschuss und Rat darüber befinden konnten.

Die drehenden Mühlenflügel sollen Erinnerungen an die Geschichte hervorrufen. Der Bürgermeister hätte auch in der Vergangenheit viel tun können, um das „alte" Edewecht zu bewahren. Man denke nur an den Bahnhof (wann wird er doch gleich wieder aufgebaut?), an viele alte Bäume, die gefällt wurden, an die versiegelten wertvollen Eschflächen.

Ob die Kokerwindmühle dafür Ersatz bieten kann, muss sich zeigen. Sie steht nicht am historischen Ort - und außerdem kann die „richtige" Edewechter Mühle nur wenige Kilometer weiter im Museumsdorf Cloppenburg besichtigt werden. Und es gibt noch andere „echte" Mühlen in der Gemeinde.

Spätestens wenn die Mühle fertiggestellt ist, wird man sehen, wie wenig sie als echtes Wahrzeichen Edewechts taugt: Es handelt sich nämlich um eine Kokerwindmühle - das Wappen der Gemeinde aber zeigt eine Bockwindmühle.

Ohne Zeitdruck geplant, mit transparenten Beschlüssen, unter Beteiligung der BürgerInnen, am richtigen Ort, mit einer klaren Konzeption zum Betrieb - kurz: ohne Schönheitsfehler - ja, da wäre der Mühlenbau eine gute Sache gewesen.

Aber jetzt bleiben zu viele Fragen offen, um sich ungeteilt an dem Bauwerk erfreuen zu können.

(VORSICHT: BISSIGER LÖWENZAHN)

»Der Wind weht, wo ich will ...«

Ein Gespräch mit Herrn zur Mühlen (CDU), Bürgermeister der Gemeinde Edewind, und einem Sprecher der Opposition

(Das folgende Interview sowie die Personen und Namen sind frei erfunden. Jede empfundene Ähnlichkeit mit dem Leben haben Sie als LeserIn selbst zu verantworten.)

LÖWENZAHN: *Herr Bürgermeister zur Mühlen, unsere Gemeinde bekommt nun für eine halbe Million DM eine Mühle. Die Beschlüsse wurden unter Zeitdruck klammheimlich vorbereitet, manche Aufträge wurden im Eilverfahren vergeben. Es gibt auch einige andere Unklarheiten. Warum alles so schnell? Soll jetzt zu Beginn des neuen Jahrtausends so richtig Wind gemacht werden?*

zur Mühlen: *Wenn Sie so fragen, ist doch klar, dass Sie gegen die Mühle sind. Es ist doch egal, ob die gewählten Gremien vorher oder nachher so entscheiden, wie ich das möchte.*

L.: *Sie können sich also auf Ihre Fraktion verlassen. Wie ist das mit der Opposition?*

zur Mühlen: *Wen meinen Sie? Meine Politik findet breite Zustimmung im Rat. Auch auf die SPD kann ich mich verlassen. Da bin ich nicht auf die Unterstützung von den GRÜNEN angewiesen.*

L.: *Hören wir dazu den Sprecher der SPD-Fraktion: Herr Windje, können Sie die Äußerungen des Bürgermeisters bestätigen?*

Windje: *Nein, überhaupt nicht. Wir sind völlig anderer Meinung als der Bürgermeister. Aber selbstverständlich werden wir seinen Vorschlägen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zustimmen.*

L.: *Sehen Sie sich nicht als Opposition?*

Windje: *Nein. Das Leben in der Opposition ist hart. Außerdem wüßte ich nicht, was wir anders machen sollten.*

L.: *Wie ist das mit der Windmühle?*

Windje: *Das ist eine ganz wichtige Entscheidung. Zur Eröffnung wollen wir erst mal sehen, von wo der Wind weht. Da werden wir dann ganz schön mitpusten. Schließlich sind im nächsten Jahr Kommunalwahlen. Und da braucht der Bürgermeister Rückenwind und unsere Unterstützung.*

LÖWENZAHN: *Meine Herren, wir danken Ihnen für das Gespräch. Für die Zukunft wünschen wir Ihnen viel Gegenwind.*

CDU plant Massenkinderhaltung in Friedrichsfehn

Konzeptlose Kindergartenpolitik wird fortgesetzt

Eine zwingende Folge der Ausweisung neuer Baugebiete ist ein steigender Bedarf an Schul- und Kindergartenplätzen. So auch in Friedrichsfehn: Der ursprünglich viergruppige Kindergarten wurde um eine Waldkindergartengruppe ergänzt und erhält im Sommer 2000 einen weiteren Gruppenraum. Nicht ausreichend angesichts des Baubooms - und so beschloss der Rat den Bau von weiteren zwei Gruppenräumen für Friedrichsfehn.

Der Fachausschuss sollte im Frühjahr über den Standort des Neubaus beraten. Stattdessen aber verkündete Ratsherr Seeger (CDU) das Konzept der Mehrheit: Unmittelbar neben dem bestehenden Kindergarten soll ein weiterer Baukörper mit den erforderlichen Räumen entstehen.

Die Vorschläge der GRÜNEN und der SPD, einen ganz anderen Standort zu wählen, wurden mit dem Hinweis auf planungsrechtliche Probleme abgewiesen. Und zu einer Vertagung der Entscheidung, die eine Erörtung dieser Frage in Friedrichsfehn ermöglicht hätte, war die CDU ebenfalls nicht bereit.

Nun werden also zukünftig 190 Kinder zwischen drei und sechs Jahren in einem Kindergarten sein. Möglich ist dies nur, weil das Land Niedersachsen kürzlich die Genehmigungsvorgaben aufgeweicht hat. Noch vor wenigen Jahren hätte eine solche Großeinrichtung keine Betriebserlaubnis erhalten.

Ein solch großer Kindergarten ist ein pädagogisch höchst fragwürdiges Unternehmen. Und die ohnehin chaotischen Verkehrsverhältnisse am Kindergarten werden sich verschlimmern - schließlich liegen im gleichen Bereich auch die Grundschule und die Orientierungsstufe. Auch im Bereich der Schulen gibt es Raumnot: Die Grundschule erhält gerade eine Erweiterung, und wenn die OS in Niedersachsen bestehen bleibt, wird auch diese Schulform in Friedrichsfehn einen Anbau benötigen.

Sehr viel günstiger wäre es gewesen, einen neuen Kindergarten etwa im Bereich der Mehrzweckhalle zu planen. Denn der Bauboom hält an. Längst wird offen darüber geredet, dass am Verbindungsweg ein weiteres Baugebiet entstehen soll. Wird der Anbau für diese Nachfrage ausreichen?

Nun aber ist der Zug abgefahren: Der Bauausschuss hat sich bereits mit der Bauausführung befasst.

Den festen Willen der politischen Mehrheit hätte nur massiver Widerstand aus Friedrichsfehn aufhalten können.

Der Begriff „Massenkinderhaltung“ stammt übrigens nicht von den GRÜNEN. Ein Friedrichsfehner fand dieses Wort für konzentrierte Unterbringung aller Friedrichsfehner Kinder zwischen 3 und 12 auf wenigen tausend Quadratmetern. Zutreffend ist das allemal.

Spielplätze bleiben wie sie sind

Anregungen werden nicht umgesetzt

Eine Bereisung ausgesuchter Kinderspielplätze in der Gemeinde führte jetzt der Jugendausschuss durch. Anlass war der Antrag der GRÜNEN, diese Plätze in naturnahe und erlebnisorientierte Spielräume umzugestalten.

Als Expertin begleitete Ute Aderholz, Mitarbeiterin im Umweltbildungszentrum in Rostrup, die Ausschussmitglieder.

Das Gremium stellte fest, dass die Spielplätze der Gemeinde dank der regelmäßigen Kontrolle durch einen Gemeindebediensteten in einem guten Zustand sind.

Zahlreiche Verbesserungsvorschläge für die Gestaltung zeigte Ute Aderholz auf. Ungünstig aufgebaute Spielgeräte, fehlende Bepflanzung oder eine anregungsarme Ausstattung solle, so Frau Aderholz, im Zuge turnusmäßiger Erneuerungen korrigiert werden.

Als vorbildlich gestaltet wertete sie den Spielplatz auf dem Schulhofgelände in Jeddeloh I. Hier könne man sich manche Anregungen bei der Umgestaltung anderer Plätze holen.

Letztlich war der Ausschuss nicht bereit, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Spielplätze zu beschließen. Hinweise der Verwaltung auf das Genehmigungsrecht und die Erkenntnis, dass ein Spielplatz von einem Kind nur wenige Jahre genutzt wird, ließen bei der Mehrheit keinen Gestaltungswillen aufkommen.

Ob wenigstens bei der Anlegung neuer Plätze mehr Raum für die Phantasie der Kinder bleibt?

Beim Wettbewerb „kinderfreundliche Gemeinde“ des Landes Niedersachsen will Edewecht sich nicht beteiligen. Offenbar ahnt man, dass die Gemeinde ohnehin chancenlos wäre.

Impressum:
Der LÖWENZAHN wird herausgegeben von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Edewecht
eMail: loewenzahn@gruene-edewecht.de
Internet: www.gruene-edewecht.de
V.i.S.d.P.: Egbert Kosmis, Edewecht
Druck: Gegendruck Oldenburg
Auflage: 6.000 Exemplare

Verkehrspolitik umgeht eigentliches Problem

Seit Anfang diesen Jahres beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe aus Verwaltungs- und Ratsmitgliedern mit der Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für die Gemeinde. Als Grundlage soll der 1999 vorgestellte Verkehrsentwicklungsplan dienen, dessen Ergebnisse bereits in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert wurden.

Hauptstreitpunkt in dieser Diskussion ist die Frage, ob Edewecht eine Umgehungsstraße braucht und wenn ja, wo sie verlaufen soll. Leider treten andere wichtige Erkenntnisse aus dem Verkehrsentwicklungsplan angesichts dieser Diskussion in den Hintergrund, obwohl diese nach Ansicht der GRÜNEN zuerst zu bearbeiten wären.

Von der Mehrheit der Ratsmitglieder wird ignoriert, dass die Hauptursache von Edewechts Verkehrsproblemen hausgemacht ist. So haben Binnen-, Ziel- und Quellverkehr einen Anteil von 84 % am Verkehrsaufkommen, während der Durchgangsverkehr lediglich einen Anteil von 16 % aufweist.
An diesen Zahlen wird deutlich, wo der primäre Handlungsbedarf liegt. Eine Umgehungsstraße wird also die Verkehrsbelastung in der Edewechter Hauptstraße nur gering entlasten. Der finanzielle Aufwand steht folglich in keinem Verhältnis zum Nutzen. Wesentlich kostengünstiger und effektiver wären nach Meinung der GRÜNEN Maßnahmen zur Verringerung des Binnen, Ziel- und Quellverkehrs. Hierzu gehört vor allem die Verbesserung der Situation der Radfahrer und Fußgänger.

www.gruene-edewecht.de

Sichere Radwege zu den Schulen

Für die Schulwege gilt die Frage: Warum fahren so viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zu Schule? Zu Schulbeginn und -ende herrscht auf den Schulwegen und rund um die Schulen ein reger Autoverkehr. Diese Bereiche sollten dringend gegen Gefahren für radfahrende und zufußgehende SchülerInnen gesichert werden.

Wenn die Eltern ihre Kinder auf sicheren Wegen wissen, dann werden die meisten Eltern ihr Auto stehen lassen und ihre Kinder mit dem Rad zur Schule schicken.

Samstags, High Noon ...

»Parkplätze satt« in Edewecht

Würde in Edewecht das Chaos ausbrechen, wenn die Parkstreifen an der Hauptstraße in Radwege umgewandelt würden? Ein Blick in die Hinterhöfe und auf die sonstigen Parkflächen zeigt: Es ist Platz genug vorhanden. Intelligente Verkehrsplanung und gemeinsames Bewirtschaften der Flächen wären ein echter Gewinn - für Radfahrer, Fußgänger und die Edewechter Geschäftswelt.
Unsere Fotos sind an einem Samstag zwischen 11 und 12 entstanden. Auf den nicht abgebildeten Parkplätzen sah es mindestens genauso leer aus:

Parkflächen hinter der LzO, ...

... dem Rats-Café, ...

... hinter dem Geschäftshaus Ecke Bahnhofstr., ...

... am Lüers-Padd,...

Parkplätze zu Radwegen

Bauliche Veränderungen an der Hauptstraße brächten mehr Sicherheit

Radfahren ist in Edewecht, insbesondere entlang der Hauptstraße, kein Vergnügen. Will man vom Norden in den Süden fahren, hat man einige unklare Situationen und gefährliche Engstellen zu bewältigen.

So verändert der Radweg mehrmals sein Erscheinungsbild, um schließlich in Höhe der Blumenstraße unvermittelt zu enden. Will man weiter nach Scheps, muss man unsinnigerweise zweimal die Hauptstraße überqueren. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Zwischen der Rathausstraße und der Straße Auf der Loge herrscht für FußgängerInnen und RadfahrerInnen eine unerträgliche Enge. Dort müssten nach Ansicht der GRÜNEN, wie im Verkehrsentwicklungskonzept gefordert, die Parkreihen entlang der Hauptstraße zu Radwegen umgebaut werden. Verloren gingen rund 50 Parkplätze, die ohne weiteres durch die i.d.R. nur zur Hälfte ausgelasteten Stellflächen im Bereich Grubenhof, Bahnhofstraße, Rathausstraße und auf den Kundenparkplätzen der Geschäfte zu kompensieren wären.

Eigene Zählungen zeigen, dass sogar am Samstagvormittag an den genannten Stellen weit über 50 freie Parkplätze zu Verfügung stehen.

Um das Einfädeln in den fließenden Verkehr von diesen Parkplätzen aus zu erleichtern, müsste die erlaubte Höchstgeschwindigkeit in diesem Abschnitt auf 30 km/h herabgesetzt werden, mit dem Nebeneffekt, dass auch die vielen Abbiegeunfälle erheblich abnehmen würden und das Queren der Straße für FußgängerInnen wesentlich gefahrloser möglich wäre. Und die im Weg stehenden Bäume lassen sich mit Sicherheit an andere geeignete Standorte umpflanzen.

... bei Hubo usw. ...

und an der Volksbank.

Einen Engpass gibt's beim Blumengeschäft Gloede - gerade hier sind Radfahrer und Fußgänger besonders gefährdet. Die beiden Parkplätze an der Straße müssten bei Bedarf auf das Geschäftsgrundstück verlegt werden.

Gefahrenstelle entschärfen

Der Radweg entlang der Oldenburger Straße wechselt in Höhe der Holljestraße unvermittelt an einer sehr unübersichtlichen Stelle die Straßenseite. Eine gefährliche Stelle, die dringend entschärft werden muss. Der Verkehrsentwicklungsplan fordert, den Radweg beidseitig weiterzuführen, eine Überquerungshilfe einzubauen oder gar einen Kreisverkehr zu platzieren. Ein Vorschlag, der von den GRÜNEN uneingeschränkt unterstützt wird.

Bewusstsein für Radfahrer entwickeln

Neben baulichen Maßnahmen sind auch Bewusstsein bildende Maßnahmen notwendig.

Hier sind die Geschäftsleute, die Gemeinde, die Schulen und Vereine gleichermaßen gefragt. Während z.B. die Edewechter Geschäftsleute heute vorrangig mit einem autofreundlichen Image werben (kostenloses Parken etc.), wäre das gleiche auch zu Gunsten der RadfahrerInnen möglich.

Bauliche Verbesserungen gekoppelt mit breit getragenen Aktionen die für das Fahrradfahren werben (Aktionstage, Sonderangebote für Radfahrartikel, Bringdienste für schwere Lasten, etc.) wären geeignet, eine Vielzahl der AutofahrerInnen zum Umsteigen zu gewinnen.

Eine solche vernetzte Aktion könnte übrigens ein sehr gutes AGENDA 21-Projekt werden.

Innerörtlich mit Tempo 30

Die vielen Anträge von BürgerInnen auf Tempo-30-Zonen machen das steigende Bedürfnis nach ruhigen und sicheren Wohnstraßen mehr als deutlich. Unterstützung erhalten diese BürgerInnen durch das Verkehrsentwicklungskonzept.

Dort wird vorgeschlagen, sämtliche innerörtlichen Straßen mit Ausnahme der Hauptstraße und der Oldenburger Straße als Tempo-30-Zone auszuweisen. Der Gewöhnungseffekt dieser einheitlichen Regelung wird auf Dauer ähnlich sein wie bei der Einfahrt in eine geschlossene Ortschaft, wo Tempo 50 gilt.

Gute Argumente für Tempo 30

Zur Erinnerung: Während ein PKW bei einer Gefahrenbremsung mit Tempo 30 nach ca. 13,5 m bereits steht, wäre die Aufprallgeschwindigkeit bei Tempo 50 an dieser Stelle noch 45 km/h! Der Anhalteweg verdoppelt sich damit auf fast 28 m. Ein Unterschied, der Leben kosten kann.

Rund 50000 Kinder verunglücken jedes Jahr im Straßenverkehr, fast 400 davon tödlich. Ungefähr ein Drittel dieser Unfälle geschehen innerorts. Nach Schätzungen des deutschen Städtetages könnte die Zahl der Opfer durch striktes Einhalten von Tempo 30 in Wohngebieten halbiert werden.

Auch RadfahrerInnen und Senioren profitieren vom Tempo 30, Straßen können ohne Sprint überquert werden, RadfahrerInnen sind im langsam fließenden Verkehr sicherer.

Der positive Effekt für die Gesundheit und Umwelt kommt hinzu, vor allem Stickoxide, Ozon-Vorläufersubstanzen, werden in erheblichem Umfang reduziert.

Nicht zuletzt steigt die Wohnqualität, denn der Lärm nimmt um 3 dB ab und wirkt so auf das menschliche Ohr wie eine Halbierung der Verkehrsmenge. Das heißt, fünf Autos mit Tempo 50 sind so laut wie 10 Autos mit Tempo 30.

Langsam fahrende Fahrzeuge brauchen weniger seitlichen Sicherheitsabstand. Bei Tempo 30 reichen also schmalere Fahrbahnen, es entsteht mehr Platz für Fußgänger und spielende Kinder.

Zusammenlegung kommt nicht - oder doch?

Schulentwicklung in Edewecht noch offen

Im Herbst letzten Jahres gingen die GRÜNEN mit dem Vorschlag in die Öffentlichkeit, angesichts der Schülerzahlenentwicklung die Hauptschule Osterscheps an den Breeweg zu verlegen und an ihrer Stelle eine Orientierungsstufe einzurichten.

In einer emotionalen Debatte beeilten sich daraufhin Vertreter von CDU und SPD, den Verbleib der Schule in Scheps zu garantieren. Eine Zusammenfassung der Hauptschulen an einem Standort hielt man für politisch nicht durchsetzbar.

Dem GRÜNEN Vorstoß folgte die Ankündigung der Landesregierung, die Orientierungsstufe auf den Prüfstand zu stellen und binnen zwei Jahren über deren Fortbestand oder Wegfall zu entscheiden. Hinter den Kulissen ist allen klar: Das ist das Ende der OS, die es in der Bundesrepublik nur noch in Niedersachsen gibt. An ihre Stelle wird wahrscheinlich eine fünf- oder sechsjährige Grundschule treten.

Das hat auch große Auswirkungen auf den Schulraumbedarf in Edewecht. So führt eine Verlängerung der Grundschulzeit wohl zwangsläufig zu einer Verlegung der Osterschepser Hauptschule an den Breeweg. Denn dort muss ohnehin ein Anbau errichtet werden, während in Scheps Räume zur Unterbringung der fünften bzw. sechsten Klassen benötigt würden.

Gegenwärtig sind alle Planungen zu weiteren Schulbauten in der Gemeinde ausgesetzt. Einzig die beschlossene Erweiterung der Grundschule Friedrichsfehn und die Erweiterung der Astrid-Lindgren-Schule werden planmäßig durchgeführt.

Mit dem Konzept der GRÜNEN wäre Edewecht für zukünftige Entwicklungen vorbereitet gewesen. Nun wird man wertvolle Jahre verlieren - um dann doch unsere Vorschläge umzusetzen.

Kontaktadressen für Fragen und Anregungen:
Egbert Kosmis, Sprecher, Schubertstr. 30, Edewecht, Telefon 04405-6160, eMail: kosmis@gruene-edewecht.de
Anita Vollmann, stv. Sprecherin, Wallstr. 29, Edewecht, Telefon 04405-7715

unsere Ratsmitglieder:
Uwe Heiderich-Willmer, Küstenkanalstr. 56, Husbäke, Telefon 04405-489856, Fax 04405-489857, eMail: he-wi@gruene-edewecht.de
Uwe Martens, Oldenburger Str. 51 B, Edewecht, Telefon 04405-4777 oder 0171-6852862, Fax 04405-939222,eMail: martens@gruene-edewecht.de

Mehr Macht für mündige Bürger

Kampagne „Mehr Demokratie“ will Beteiligungsrechte stärken

In Brake gibt es eine neue Bürgermeisterin. Und die Funktionäre der SPD (Mehrheitsfraktion im Braker Rathaus) können das Ergebnis einfach nicht fassen. Denn gewählt wurde mit Uta Maron eine unabhängige, von CDU, FDP und Grünen unterstützte Kandidatin. Damit erteilten die Bürgerinnen und Bürger zum wiederholten Mal einer herrschenden Mehrheitsfraktion bei der Direktwahl einen herben Dämpfer. Die BürgerInnen und Bürger waren wieder einmal nicht bereit, sich als Stimmvieh instrumentalisieren zu lassen.

Und viele beginnen sich - zu Recht - zu fragen: Warum gibt es eigentlich keine Direktwahl der Ministerpräsidenten und des Bundespräsidenten? Und warum können bei wichtigen Sachentscheidungen keine Volksabstimmungen möglich sein?

Unseres Erachtens ist dies alles sehr wohl möglich. Im Koalitionsvertrag vom Herbst 1998 wurde deshalb vereinbart, dass die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt und auch auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt werden sollen. Und bald beginnt eine bundesweite Kampagne für „Mehr Demokratie“. Nähere Informationen und konkrete Vorschläge zu diesem Projekt finden sich im Internet unter www.mehr-demokratie.de.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen werden diese Kampagne unterstützen. Und im anstehenden Kommunalwahlkampf werden wir uns stark machen für bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger auf dieser Ebene. Denn auch hier gibt es noch viele ungenutzte Möglichkeiten, die Bevölkerung direkt an Entscheidungen zu beteiligen und damit frischen Wind in die Kommunen und Kreise zu bringen.

Einen Augenblick, bitte ...
www.gruene-edewecht.de

Grüne Anmerkungen zur Öko-Steuer und den Benzinpreisen

• Seit Mai 1999 sind die Benzinpreise um ca. 50 Pfennig gestiegen, der Ökosteueranteil daran beträgt lediglich 12 Pfennig (plus 2 Pfennig Mehrwertsteuer).

• Die Ökosteuereinnahmen fließen voll und ganz in die Rentenversicherung und sorgen für eine Senkung der Lohnnebenkosten. Ein Aussetzen der Ökosteuer würde zu einem erneuten Anstieg der Rentenbeiträge führen.

• Die darüber liegende Preiserhöhung ist auf den hohen Rohölpreis sowie den starken Dollarkurs gegenüber dem Euro zurückzuführen.

• Beim Verhältnis Euro - Dollar stehen die Zeichen auf Entspannung. Dies wird sich dämpfend auf die Rohöl- und Benzinpreise auswirken.

• Die jährliche Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pf je Liter ist maßvoll und vorhersehbar, sie entspricht einer Steigerung von ca. 3 %. In den 16 Jahren der Kohlregierung wurde die Steuer dagegen sprunghaft um etwa 50 Pfennig erhöht, ohne die Einnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurück zu geben.

• Im europäischen Vergleich der Spritpreise liegt Deutschland weiterhin im hinteren Mittelfeld: In der EU auf Platz 9, in Europa auf Platz 12.

• Der Verkehrssektor gehört zu den Hauptverursachern der bestehenden Umweltprobleme. Die Schätzungen über die externen Kosten allein des Straßenverkehrs - durch Luftschadstoffe, Lärm und Unfälle - schwanken zwischen 70 und über 250 Mrd. DM pro Jahr. Darum ist es dringend erforderlich, ein weiteres Verkehrswachstum zu verhindern und darüber hinaus sowohl das Verkehrsvolumen als auch den Energieverbrauch bzw. die Schadstoffemissionen zu vermindern.

• Wäre der Benzinpreis (+166 %) seit 1950 genauso stark gestiegen wie die Fahrpreise der Bahn (+694 %), müßte er jetzt bei etwa 4,70 DM/l liegen.

1950 musste ein Arbeitnehmer für einen Liter Benzin 13 Minuten arbeiten, heute dagegen nur 4 Minuten.

• Die Versicherungswirtschaft (Rückversicherung) plädiert aufgrund der wachsenden Schäden durch Naturkatastrophen (1999 weltweit 100 Mrd. Dollar) für eine deutlichere Anhebung der Ökosteuern.

In der nächsten Sitzung des Ortsverbandes am 11. Juli 2000 um 20 Uhr im Rathaus Edewecht wollen wir diese Thesen und weitere Fragen zur Ökosteuer diskutieren. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Keine Entwarnung an der Holljestraße

Politik ignoriert Anwohner - Autofahrer ignorieren Markierung

Die Entschärfung des gefährlichen Einmündungsbereiches der Holljestraße in die Oldenburger Straße hatten die GRÜNEN vor einigen Monaten beantragt. Durch Verengung der Straße, Neugestaltung des Rad- und Fußweges, Tempobeschränkung und den Bau einer Verkehrsinsel sollte mehr Sicherheit geschaffen werden. Ähnliche Vorschläge waren auch bereits von Anwohnern geäußert worden.

Der CDU/SPD-Mehrheit war das egal. Sie lehnten den GRÜNEN Antrag ab und hielten es für ausreichend, die Holljestraße mit einer Fahrbahnmarkierung zu versehen.

Diese „Straßenmalerei" ist nun wiederum den motorisierten Zeitgenossen völlig egal. So wie der rote Transporter auf dem Bild halten es viele Autofahrer: Sie schneiden die Gegenfahrbahn und fühlen sich auch sonst ganz wie Schumi.

Und so wird diese Ecke Edewechts wohl ein Unfallschwerpunkt bleiben - oder wird noch nachgebessert?

WELTLADEN

Geänderte Öffnungszeiten in den Sommerferien!

Vom 17.7. - 5.8.2000: dienstags und donnerstags von 15 bis 18 h; mittwochs und samstags von 10 bis 12 h.

Vom 7.8. bis 19.8.2000 geschlossen.

Ab dem 21. August wieder regulär geöffnet.

EinLaden zur Welt von morgen.

Hauptstraße 90 Edewecht

Bleibt der Alte der Neue oder wird der Neue der Alte?

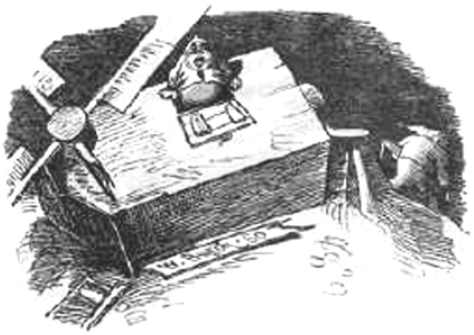
Suche nach neuem Bürgermeister erfolgreich? CDU mit perfekter Dramaturgie

Längst nicht alles gelingt der CDU in Edewecht so gut wie die Inszenierung der Bürgermeister-Nachfolge. Sie erinnern sich? Vor etlichen Monaten hat der seit über drei Jahrzehnten für die Christdemokraten regierende Heinz zu Jührden (79) erklärt, zur nächsten Wahl im Herbst 2001 nicht wieder anzutreten. Damit konnte der Wettstreit um den Kronprinzenstuhl endlich offiziell beginnen - hinter den Kulissen wurde ja schon länger gerangelt.

Schnell war klar: Richtig mehrheitsfähig war keiner von denen, die da mit den Hufen scharrten - und wohl auch nicht so profiliert, dass einer von ihnen auch bei der Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister im Jahr 2004 bestehen könnte.

Bevor das Dilemma der CDU öffentlich zu werden drohte, startete die Partei ein Ablenkungsmanöver. Mit Vera Dominke wählte sie eine Juristin zur Vorsitzenden des Gemeindeverbandes, die durchaus auch als Kandidatin für das Amt einer hauptamtlichen Verwaltungschefin in Frage käme. Ein Fehlstart - der Wissenschaftlerin gelang es trotz vollmundiger Ankündigungen nicht so recht, einen nennenswerten Platz in der öffentlichen Wahrnehmung zu besetzen.

Was also tun? Ein neues Gesicht als Übergang bis 2004? Nein. Ein Neuer müsste erst einmal Schneisen in das Dickicht von 30 Jahren zu Jührden schlagen - angesicht alter Seilschaften ein Himmelfahrtskommando mit ungewissem Ausgang auch für die CDU.

Um wirklich das Feld für einen profilierten hauptamtlichen CDU-Bürgermeister zu bereiten, bräuchte Edewecht eine Übergangslösung, die Kontinuität garantiert. Und so wird die CDU im Herbst zum 80. Geburtstag des „Alten" zur unserer großen Überraschung verkünden: Der Neue wird der Alte. Oder vielmehr: Er bleibt es. Und Hans Fittje geht wieder einmal leer aus.

Hut ab, CDU. Klasse gemacht.